

Grevenbroich

Politik bleibt bei Straßenausbau in Gindorf

Grevenbroich. Ausschuss lehnte einen Anlieger-Antrag gegen die Verbreiterung der Straße "Zur Hammhöhe" ab.

Die Straße "Zur Hammhöhe" soll ausgebaut werden, der Protest von Anwohnern hatte im Planungsausschuss keinen Erfolg. Bei drei Gegenstimmen aus UWG, AG und FDP lehnte der Ausschuss den Antrag von Anliegern ab, auf die Verbreiterung zu verzichten. "Ich bin enttäuscht, unsere Argumente wurden nicht angenommen", erklärte Anton Meuter. Der 76-Jährige hatte mit anderen bei einem Ortstermin dem Ausschuss seine Sicht nochmals dargelegt.

Anlass für die Planung ist das Neubaugebiet auf dem Areal der früheren Hauptschule. Bis zu 18 Wohneinheiten seien dort möglich, erklärte die Stadtverwaltung. Zudem könnten Baulücken geschlossen werden - für den künftigen Verkehr sei "eine ausreichende Verkehrsfläche" erforderlich. Geplant ist eine 6,50 Meter breite Straße - 4,10 Meter für die Fahrbahn sowie Abstellflächen für parkende Autos.

Das sehen Alt-Anlieger nicht ein. "Wir sollen Anliegerbeiträge zahlen, obwohl wir für uns durch die Verbreiterung gar keine Vorteile sehen. Eine neue Fahrbahndecke reicht aus", sagte Anton Meuter. Die bisherige Straßenbreite sei immer ausreichend gewesen. Bei einer Verbreiterung befürchten Anwohner, dass eine "Raser-Strecke" entstehe. Die Stadt erläuterte, dass die Straße "Zur Hammhöhe" als Spielstraße verkehrsberuhigt werden soll, auch die Anordnung der Stellplätze und andere Elemente wie Baumscheiben sollten bremsend wirken. "Vorgesehen ist, dass die Straße nicht asphaltiert, sondern gepflastert wird. Das wird eine Prachtstraße, die wir nicht brauchen, für die wir aber zahlen sollen", sagte Meuter.

Im Ausschuss kündigte die UWG/ABG-Fraktion an, dass sie den Antrag nicht ablehnen werde. Hubert Rütten (UWG) sah zum einen ein Problem, dass trotz Verbreiterung etwas weiter der Engpass in einer Kurve bleibe - er sieht Unfallgefahr. "Außerdem sollen Alt-Anlieger für etwas zahlen, von dem sie nicht profitieren", sagt Rütten. Daniel Rinkert (SPD) argumentierte anders. "Wir müssen bis 2030 in der Stadt 1800 zusätzliche Wohneinheiten schaffen." Dafür sei dieses Baugebiet nötig - und dafür wiederum der Straßenausbau. Die geplante Breite von 6,50 Metern nannte er "einen guten Kompromiss". Norbert Gand (CDU) wies darauf hin, dass Anlieger frühzeitig die Höhe der Beiträge erfahren sollten. Die Verwaltung biete den Anliegern an, Gespräche über die individuell auf sie zukommenden Kosten zu führen, erklärte Beigeordneter Florian Herpel.

(cso-)